

**02.06.97**

**FJ - AS - G**

**Antrag**  
**der Freien und**  
**Hansestadt Hamburg**

---

**Entschließung des Bundesrates zur Änderung des**  
**Zivildienstgesetzes**

DER PRSIDENT DES SENATS  
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

Hamburg, den 27. Mai 1997

An den  
Präsidenten des Bundesrates  
Herrn Ministerpräsident  
Erwin Teufel

Sehr geehrter Herr Prsident,

der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat beschlossen, dem Bundesrat  
den in der Anlage beigefügten Antrag für eine

Entschließung des Bundesrates zur Änderung des Zivildienstgesetzes  
zuzuleiten.

Ich bitte Sie, den Antrag nach § 36 Absatz 1 der Geschäftsordnung des  
Bundesrates den zuständigen Ausschüssen zuzuweisen.

Mit freundlichen Gren

*H* 

Dr. Henning Voscherau  
Erster Bürgermeister

**Entschließung des Bundesrates zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß das Zivildienstgesetz (ZDG) mit dem Ziel geändert und ergänzt wird, den anderen Dienst im Ausland (§ 14 b ZDG) mit dem Zivildienst gleichzustellen.

Begründung:

Nach § 14 b ZDG werden Kriegsdienstverweigerer nicht zum Zivildienst herangezogen, wenn sie sich gegenüber einem anerkannten Träger zur Leistung eines vor Vollendung des fnfundzwanzigsten Lebensjahres anzutretenden Dienstes im Ausland, der das friedliche Zusammenleben der Völker fördern will und der mindestens zwei Monate länger dauert als der Zivildienst, den sie sonst zu leisten hätten, vertraglich verpflichtet haben und diesen Dienst unentgeltlich leisten.

Neben der Freistellung vom Zivildienst haben die anderen Dienst im Ausland leistenden Kriegsdienstverweigerer keine weiteren Rechte. Insbesondere ist mit dem Auslandsdienst kein gesetzliche Krankenversicherung verbunden (§ 5 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch - SGB V), ebenso besteht kein Unfallversicherungsschutz (§ 2 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch - SGB VII), während Zivildienstleistende freie Heilfürsorge genießen und Anspruch auf Unfallversorgung haben (§§ 35, 47 ZDG). Der Auslandsdienst wird in der Rentenversicherung nicht als Beitrags- oder Anrechnungszeit gewertet (§§ 3, 58 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch - SGB VI), es besteht kein Anspruch auf Kindergeld (§ 62 des Einkommensteuergesetzes - EStG, § 1 des Bundeskindergeldgesetzes - BKGG), bei Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) wird er nicht dem Zivildienst gleichgestellt (§ 107 AFG), der Hochschulzugang ist in den Numerus-clausus-Fächern nicht erleichtert (§ 34 des Hochschulrahmengesetzes - HRG).

Betroffen sind etwa 1.400 Kriegsdienstverweigerer. Nach einer beim Bundesamt für den Zivildienst eingeholten Auskunft brauchten im Jahre 1996 (Stichtag: 15.3.1997) bundesweit 1.292 Kriegsdienstverweigerer keinen Zivildienst zu leisten, weil sie anderen Dienst im Ausland geleistet haben, 511 sind vorübergehend anerkannt, das heißt, sie hatten am Stichtag den Auslandsfriedensdienst noch nicht beendet.

Der Bundesrat hält eine Gleichstellung des anderen Dienstes im Ausland mit dem Zivildienst für geboten, weil sie die Auslandsdienstleistenden sozial absichert und somit soziale Gerechtigkeit schafft sowie die Bereitschaft erhöht, Dienst im Ausland zu leisten.

28.11.97

**Beschluß**  
des Bundesrates

---

Entschließung des Bundesrates zur Änderung des Zivildienstgesetzes  
- Antrag der Freien und Hansestadt Hamburg -

Der Bundesrat hat in seiner 719. Sitzung am 28. November 1997 beschlossen, die  
Entschließung nicht zu fassen.